

Eigentumsfrage stellen

Bericht über das MEZ-Seminar "Ökonomie des Sozialismus" am 12. Dezember 2015 im MEZ.

Der Realsozialismus ist untergegangen, doch die Suche nach einer nachkapitalistischen Welt erweist sich als dauerhaft, denn die kapitalistische Ordnung ist unvernünftig. Das Marx-Engels-Zentrum Berlin lud am vergangenen Samstag zusammen mit der Marx-Engels-Stiftung Wuppertal zum Seminar »Ökonomie des Sozialismus« in die Räume in Charlottenburg ein – es gab mehr Interessenten als Stühle.

Ist es etwa vernünftig, fragte Holger Wendt, Kinder in Bergwerken arbeiten zu lassen? Der Ökonom skizzierte die inzwischen fünfhundert Jahre andauernde Geschichte der Kapitalismuskritik seit den Utopisten und ihre Bedeutung für die Theorie von Karl Marx. Der Kommunismus habe sich dabei nicht als Zustand erwiesen, sondern als Bewegung. Das Warenverhältnis und die Wertform hätten sich unaufhaltsam in einem bis heute nicht abgeschlossenen Entwicklungsprozess entfaltet. Bereits im Feudalismus habe es einen kapitalistischen Sektor gegeben, der nach seinem ökonomischen Erfolg schließlich auch politisch siegte. Das, so Wendts Warnung, werde es für einen künftigen Sozialismus nicht geben. »Die Diktatur des Proletariats wird nicht Folge, sondern Grundlage einer Entwicklung zum Sozialismus sein.« Der sei folglich auch ein Produkt von »Willen und Bewusstsein«. Deren Verhältnis zum nötigen »ökonomischen Fundament des Sozialismus« zu klären, war Wendts unausgesprochene Anregung über seinen Vortrag hinaus. Die sozialistische Übergangsgesellschaft werde den Markt noch behalten müssen. Hier erwartet Wendt, dass die verschiedenen Eigentümer allmählich ihre Partikularinteressen aufgeben und sich gesamtgesellschaftlich ausrichten. Im Zuge dessen werde der Warencharakter der Produkte sich ändern, sie würden zu Gütern der Verteilung. Aber schon heute, so Wendts optimistische Aussicht, wird die »Warenförmigkeit unseres Reproduktionsprozesses« zunehmend in Frage gestellt, etwa durch die immer lauter werdende Forderung nach Aufhebung der Warenform von Bildung, Wasser, Gesundheit und Wohnung.

Selbstregulation

Aber was ist mit den »Schranken«, die Marx für den Kapitalismus sah? Mit den scheinbar zwangsläufigen Hemmpunkten des kapitalistischen Prozesses von Akkumulation und Verwertung? Thomas Kuczynski, Ökonom, Statistiker und letzter Direktor des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der DDR, warnte vor Illusionen: »Diese Scheißproduktionsweise ist derart flexibel, dass sie selbst ihre klaren Gegenbewegungen integrieren kann.« Die eigene technologische Grundlage des Kommunismus sei hingegen noch nicht geschaffen. Insofern, wie 1989/90 erlebt, bleibt der Sozialismus reversibel. Ob dessen jüngster Untergang vergleichbar mit dem vorläufigen des Kapitalismus im 15. Jahrhundert sei? »Wir wissen es nicht.« Immerhin habe der etwa 300 Jahre benötigt bis zu seinem endgültigen Sieg, d. h. der Unmöglichkeit, ihn in seine feudale Vorgängergesellschaft zurückzuführen. Kuczynski räumte bei dieser Gelegenheit auch mit der unter Linken verbreiteten Vorstellung über die lineare Kausalität im Verhältnis zwischen den vermeintlich primär wirkenden Produktivkräften und den sekundär folgenden Produktionsverhältnissen auf: »In der Geschichte war es meistens umgekehrt, so, wie es Marx definiert hat.«

Für eine fundierte Kritik am Wirtschaftssystem der untergegangenen DDR verwies er auf Friedrich »Fritz« Behrens (1909–1980), deren »klügsten und hellstichtigsten Wirtschaftswissenschaftler«. Er sei ein zu Unrecht Vergessener, dessen späte »klandestine Schriften« es in sich hätten. Nach Behrens ist »die Verstaatlichung der Produktionsmittel ein Dekret, aber deren Vergesellschaftung die Aufgabe einer ganzen Periode«. Und: Die Leitung der sozialistischen Produktion stehe dabei über ihrer Planung, denn das Verfügungsrecht über die Produktionsmittel und die Verwaltung des Mehrproduktes sei keine Frage der Planung, sondern der Entscheidungsbefugnisse. Aber die »Selbstverwaltung der unmittelbaren Produzenten auf der Grundlage delegierten Gruppeneigentums« sei in der DDR »nie vollzogen« worden. An deren Stelle habe es administrativen Zwang durch den sozialistischen Staat gegeben. Damit aber sei der sozialistische Werktätige von der Verfügung über das Wertprodukt genauso ausgeschlossen gewesen wie der kapitalistische Lohnarbeiter. Für den Realsozialismus habe dies einen weiteren Sargnagel dargestellt. Die Frage nach der Leitung einer sozialistischen Wirtschaft und der Selbstregulation dieser Produktionsweise, konnte auch Kuczynski nicht beantworten. Was soll an die Stelle der Regulierung durch die uns beherrschende Profitrate treten? Er erklärte: »Wir wissen auch heute nicht, wie die sozialistische Produktionsweise sein wird. Wir wissen nur, wie sie nicht funktioniert hat.«

Welches Eigentum?

Über »Grundfrage der kommunistischen Bewegung«, wie das »Manifest der Kommunistischen Partei« Eigentumsfrage bezeichnete, wurde bis dato mehr theoretisiert, denn dass sie praktiziert worden sei, führte der emeritierte Marburger Professor für Politikwissenschaften, Georg Fülberth, aus. Was passiert mit dem bürgerlichen Eigentum nach seiner Abschaffung? Die Aussagen des »Manifests der Kommunistischen Partei« dazu seien obsolet geworden. Wenn der »Staat ungeeignet als Treuhänder für sozialistisches Eigentum« ist, wer soll dann der neue Eigentümer sein? Die von Marx favorisierte Genossenschaftsbewegung musste scheitern, siehe Jugoslawien oder die israelischen Kibbuzim. Denn gegen die »Kampfmaschinen« der kapitalistischen Konkurrenz mit dem »Kollateralnutzen« der »drei B« – besser, billiger, begehrter – sei der zarte Selbstversorger chancenlos. Der wahre Zweck der Steigerung der Arbeitsproduktivität liege aber im Ausschalten des Konkurrenten. »Dagegen helfen auch keine Zäune«, so Fülberth, siehe DDR. Die habe obendrein die Konsumbedürfnisse ihrer Bewohner überwiegend nach der Qualitätsdefinition des westlichen Auslands zu befriedigen gehabt. Wenn die Einführung des Zehnstundenarbeitstags 1847 nach Marx »ein Sieg der politischen Ökonomie des Proletariats über die der Bourgeoisie« war, so sei der Verlust der Deutungshoheit über die eigenen Konsumbedürfnisse die Niederlage von dessen Ökonomie. Das kapitalistische Eigentum entwickle sich trotz solcher Erfolge unaufhörlich weiter und verändere dabei seinen Charakter. Seit etwa 1975 sei seine Neuorganisation im Zuge der Marktliberalisierung zu beobachten. Dabei werde erstens das Monopoleigentum vom fiktiven Kapital einverleibt, was Fülberth als »negative Aufhebung des bürgerlichen Eigentums« bezeichnete. Zweitens erfolge eine »zweite ursprüngliche Akkumulation«, d. h. eine Privatisierung von öffentlichem Eigentum, sozialen Sicherungssystemen und von Eigentum des besiegten Realsozialismus. Folglich erwartet er von der Linken eine klare Entscheidung darüber, »für welches Eigentum sie eintreten will«.

Rechnen und Planen

Der Mathematiker Helmut Dunkhase demonstrierte mit Hilfe der Input-Output-Rechnung des russischen Nobelpreisträgers Wassili Leontjew (1905–1999), wie die sozialistische Wirtschaft alternativ zum kapitalistischen Markt erstens zu einem effektiven Plan und zweitens zu den Preisen der hergestellten Produkte gelangen könnte. Die Ignoranz gegenüber solchen mathematischen Methoden im Realsozialismus gehöre »zu den Tragödien der Sowjetunion«, so Dunkhase. In Verbindung mit der auf Marx zurückgehenden Arbeitszeitrechnung und den von israelischen Mathematikern entwickelten Rechenmethoden namens »Econophysics« wären heutzutage sogar sowohl »ein detaillierter Plan mit Produkten im Zehn-Millionen-Bereich« als auch die präzise Bestimmung des »Arbeitsinhalts der einzelnen Produkte« zu deren Preisfindung möglich. Gemäß den so ermittelten Arbeitszeitbilanzen ließen sich jene Marxschen »Scheine« erstellen, mit denen die Produzenten für ihr bereits geleistetes Quantum Arbeit als

Konsumenten ein gewünschtes Produkt mit demselben enthaltenen Quantum Arbeit erhalten könnten. Es wäre die Lösung aller Planungsprobleme, die Abschaffung des Marktes und der Ersatz von Ware und Geld durch Güter und Arbeitszeitkonten. Auch diese kühne Utopie regte zu engagierten Diskussionen an.

Enrico Mönke

Aus der Tageszeitung "Junge Welt" vom 16.12.2016

- [Diese Seite drucken](#)
- [Diese Seite als PDF Dokument](#)